

„Reformbündnis – Jetzt“ –

Ein Appell der Zivilgesellschaft an die Fraktionen des Abgeordnetenhauses

Alle demokratischen Kräfte im Berliner Abgeordnetenhaus haben **jetzt** die **gemeinsame** Aufgabe, eine Verwaltungsreform für die Stadt voranzubringen! Die Unterzeichner dieses Appells fordern die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im Parlament auf, **jetzt** – bevor ein Koalitionsvertrag unterschrieben ist – ein **Bündnis für die gemeinsame Reform der Berliner Verwaltung** zu schließen und sich **verbindlich** festzulegen, die dafür notwendigen organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen sowie die Stadtgesellschaft in diesen Reformprozess einzubinden!

Die unterzeichnenden Verbände und Organisationen vertreten in verschiedenen Zusammenhängen Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaftsunternehmen und gesellschaftliche Gruppen, die auf eine funktionierende, effektive Verwaltung in Berlin angewiesen sind. Die Unterzeichnenden haben hierzu bereits im Vorfeld der Wiederholungswahl nicht nur konkrete Forderungen erhoben, sondern auch ihre Expertise eingebracht. Darauf gilt es jetzt aufzusetzen. Die zum überwiegenden Teil schon lange vorliegenden Reformkonzepte wurden in der Vergangenheit – wenn überhaupt – nur in sehr geringem Umfang aufgegriffen. Für den Prozess liegen nicht nur aus früheren verschiedenen Kommissionen, aus den vom Senat und den Bezirken vereinbarten Reformpakten und aus der Zivilgesellschaft umfassende Vorschläge vor, sondern auch aus der angefangenen Legislaturperiode. So z.B. der Antrag der CDU-Fraktion für einen Verfassungskonvent und der Senatsbeschluss vom 07.02.2023.

Für das Gelingen einer umfassenden Verwaltungsreform ist jetzt ein **Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürgern** unabdingbar. Die Verantwortung für die Organisation des dafür erforderlichen Prozesses tragen die im Abgeordnetenhaus vertretenden Fraktionen und der Senat. Die jetzt erforderlichen politischen, administrativen und gesetzgeberischen Entscheidungen müssen zügig vorbereitet, mit der Zivilgesellschaft erörtert und im Anschluss daran verbindlich getroffen werden. Damit der Reformprozess jetzt gelingt, muss er zudem von einem effektiven **Monitoring** unter Beteiligung aller relevanten Kräfte einschließlich der Zivilgesellschaft begleitet werden!

In diesem Sinne müssen alle Mitglieder des Bündnisses bereit sein, sich an einer umfassenden Verwaltungsreform aktiv zu beteiligen – so wie es auch die Unterzeichner sind!

Markus Dröge
Sprecher des Vorstands
Stiftung Zukunft Berlin

Tobias Nöfer
Vorsitzender des Vorstands
AIV e.v.

Ute Weiland
Geschäftsführerin
VBKI e.V.